

# Halbesche Wochenschrift

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Sonntag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 25.— M., durch die Post monatlich 26.— M., ohne Zustellungsgebühr. Postfach 1048, Halle (Saale), den 14. Juni 1922. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 M. für den Millimeter Höhe und Breite; 700 M. für die Zeile, einschließlich der Druckkosten. Einzelne bis zum 1. Juni 1922 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postfach 1048, Halle (Saale), Halle

Einzelpreis 1,50 Mark

Dienstag, den 27. Juni 1922

2. Jahrgang, Nr. 147

## Eine agrarische Monarchisten- verschwörung in Mitteldeutschland

Der Innenminister Seering erklärte bei der Beratung seines Staats im Landtag, daß ihm „authentisch“ nichts davon bekannt sei, daß sich die konterrevolutionären Vereine bereits zu festen Truppenverbänden zusammengeschlossen haben. Wir sind heute durch Informationen eines Einzelnen der Widerstände in der Lage, auszuweisen, wie in Mitteldeutschland die Verbände ihrer Wörderorganisation organisiert haben und wie diese konterrevolutionären Verbände in der Hand arbeiten mit der Schube, der der „Republik“ überbringen ist. Unser Gewährsmann macht uns über die vom Reichslandbund organisierten und ausgeschalteten Wörderorganisation folgende Mitteilungen:

In ganz Deutschland existiert unter dem Namen „Arbeitslosenverbände für forst- und landwirtschaftliche Berufe“ eine Organisation, deren Hauptquartier in Berlin ist. Diesem Hauptquartier unterstellt sind die Kreisbauernschaften der einzelnen Kreise. Jeder Kreislandbund hat eine sogenannte „Kreisländliche“ eingegriffen. Der Leiter dieser Kreisländlichen ist stets ein ehemaliger Offizier und sozialer Bauernbauern. Der Kreisführer für den Bezirk Merseburg ist ein Bestallion Karz und besteht aus drei Kompanien. Die „Kompanie Saalkreis“ mit ungefähr 180 Mitgliedern und drei Offizieren, die Kompanie Merseburg mit zwei Offizieren und circa 40 Mann und die Kompanie Weißenfels mit zwei Offizieren und circa 200 Mann. Die Leute sind auf die einzelnen Kreise verteilt. Besonders stark sind sie in den Industriezentren verstreut. Ausgerüstet ist jeder Kreisländliche mit einem Gewehr (Mabell 98) und ca. 100 Patronen mit Dumm-Dumm-Geschossen. Der Dienst ist streng militärisch. Alle ehemaligen Offiziere, die Stellen als Oberbeamte bekleiden, müssen auf Verlangen mit „Herr Hauptmann“ oder „Herr Leutnant“ usw. angesprochen werden. Monatlich findet einmal, meist in Gemeinschaft mit der Schupo, eine militärische Übung statt unter dem Namen „Streife“. Eine derartige „Streife“ fand am 26. Mai zwischen Dornitz und Garlana statt. Zunächst fand eine Uebersicht Schupo (auf Lafettes von Halle bekommen) martinierte „rote Heide“ und hatten Garlana befehl. Ein anderer Trupp führte die Kompanie in Gemeinschaft mit der Schupo. Die Arbeiterführung in Garlana war begrifflich, welche darüber sehr aufgeregt. Den Schluß dieser Übung, welche circa acht Stunden dauerte, bildete ab 2 Uhr abends eine Sauferei im Gasthaus zu Garlana. Die nötigen Mengen Bier und Schnaps lieferte der Landbund. Der Oberleiter Joppen des Saalkreises residiert in Halle in der Brandstraße. Ihm unterstellt sind zwei Oberbeamte, ehemalige Hauptleute bzw. Leutnants, sowie in Dornitz und Dornitz wohnen. Im Bureau in der Brandstraße hängen offen vor dem Schupo circa 20 bis 25 Gewehre. Die Unterbeamten werden ausgemittelt aus Fischer- und Kaufmanns- oder auch aus ehemaligen Angehörigen der Schupo bzw. der Reichswehr. Sie müssen streng national gefasst sein, einwandfreie Führung hinter sich haben und beim Eintritt sich verpflichten, mit der Waffe bei erst. Hinsetzen in Mitteldeutschland einen etwaigen Zeitfreiwilligenverband beizutreten. Mitglieder dieser Truppe, deren Einstellung nicht ganz einwandfrei ist, oder die sich nur das Gerüchte zufolge haben kommen lassen, werden streng kontrolliert. Jeder Unterbeamte und Oberbeamte ist mit einer sogenannten Generallistabkarte versehen. Dadurch hat man erreicht, daß die Leute in der Hand der ehemaligen Offiziers-Kamerada ein willkürliches Werkzeug sind. Die Namen der in Dornitz und Dornitz wohnenden Offiziere, welche ihre Zeit damit totschlagen, daß sie Hofmusikanten oder sonstige Klänge für Fische vorbereiten, sind der Hauptmann Hoppel, der ehemalige Leiter der Hallischen Bürgerwehr, und der Leutnant Zimmermann in Dornitz.

In jedem Dorf, in dem sich ein Unterbeamter befindet, hat die Organisation einen Vertrauensmann (einen Landwirt). Dieser hat die Unterbeamten (Soldaten oder Juristen) zu kontrollieren über ihre Tätigkeit und Führung. Bei einer vertraulichen Besprechung in Dornitz wurde von dem Hauptmann Hoppel Mitteilung gemacht, daß im Auftrag der Reichslandbunde Halle 30 000 Gewehre hergestellt worden sind bei den Deutschen Waffenwerken zu Erfurt. Welche Gewehre sind bei Halle in Halle in Vorbereitung. Dieser liefert auch fortwährend Gewehre. 100 000 Schuß dazu gehöriger Munition befinden sich in Halle, ebenfalls in der Brandstraße. Die Munition ist durch Württemberg bezogen worden. Die Spiken der Gewehre sind vorne abgekantet, abgekantet, so daß sie die Wirkung von Dumm-Dumm-Geschossen haben. Sie erhielten eine Weisung draußgeschoben, auf dem Reichslandbunde, Halbmond usw. befinden.

Somit der Bericht unserer Gewährsmann. Der „Kreisländliche“ des Reichslandbundes ist nicht die einzige konterrevolutionäre Organisation, neben ihr bestehen noch die vielen Parteien haben der Wörderorganisation der Stahlhelm, Jungbo und wie sie alle heißen. Die Herren der Landbunde sind aber die, die am meisten nach Blut lechzen und am reichlichsten ausgeschaltet werden. Die agrarischen Bröt- und Lebensmittelmacher haben es ja dazu. Die Erbkisten und das Treiben der bündlerischen Verschwörer sind dem Sozialdemokraten Döhl als Polizeipräsident längst

nicht mehr unbekannt. Vor Monaten schon haben wir ihm genaue Mitteilungen darüber gemacht, daß der Landbund seine Forderungen mobil hält und daß er dem gedungenen Gehalt dafür, daß es sich täglich an bestimmten Stellen meldet, pro Tag 25 Mark bezahlt. Herr Döhl hat nichts gesagt, er konnte wahrscheinlich „nichts tun“, weil diejenigen, die sowas keine rechte Hand sind, die Sache der Konterrevolution zu gut zu sehen verstehen. Dafür hat der monarchistische „Kreisländliche“ gemeinsam mit der „republikanisch-verlässlichen“ Schupo kriegerische Übungen veranstaltet. Herr Döhl hat nichts davon gemerkt. Sein oberer Chef, der Herr Seering hatte ja keine authentische Mitteilung davon, daß festgesetzte Truppenverbände der Konterrevolution bestehen. — Die Republik mag ruhig sein — die Garbe Döhl steht für sie ein! Die Zustände in der monarchistisch verlassenen Schupo sinken zum Himmel. Soll sich die Arbeiterführung angeht, dessen beruhigen auf Grund von fagen Versprechungen? — Landwehr! Mein! Sie darf nicht ruhen, bevor sie sich nicht selbst feste Garantien für ihre eigene Sicherheit verschafft hat!

## Aufmarsch der Arbeitervertreter im Reichstag

Berlin, 26. Juni.  
Im Reichstag sind heute mittag aus einer großen Anzahl Berliner Betriebe Delegationen eingetroffen, um der Reichsregierung ihre unabweislichen Forderungen vorzutragen. Die Vertreter der Arbeitervertreter wird, daß ausdrücklich monarchistische Regierungen dahin festgestellt werden. Sie verlangen weiter Garantien, daß die Besetzung in seinem Falle gegen Arbeiter angewendet werden kann, was bei den früheren Verordnungen, die angeblich auch gegen rechts gerichtet waren, der Fall gewesen ist. Die Delegationen der Arbeiter fordern weiter sofortige Umwandlung der politischen Organisationen. Weiter fordern sie Durchführung des Verbotes des Abkommens, insbesondere umgehend die Bildung von Arbeitervereinen und Kontrollkommissionen zur Durchführung und Beaufsichtigung der Schutzmahnahmen.  
Die Delegierten verlangen zunächst, die Vertreter aller drei sozialistischen Parteien zu sprechen. Erklärten war aber nur Genosse Koenen. Die Delegierten verlangen Auskunft über die Besetzung des Reichspräsidenten. Genosse Koenen schlug vor, den Reichspräsidenten um Auskunft zu ersuchen. K a d r u s w. schloß auch nach kurzer Zeit. Er verpackte, die Forderungen, die in sein Ressort fallen, durchzuführen. Es kommt dabei nur die Amnestie in Betracht. Dabei hat der Reichspräsident aber schon durchblicken lassen, daß die Reichsregierung nicht stark genug sein werde, die Amnestie auch in Bayern durchzuführen.  
Weiter wurde noch gesagt, daß sofort ein Gehaltsumschlag vorzulegen werden soll, der die Amnestie enthält und in den die Forderungen der Arbeiter hineingearbeitet werden sollen.

Die amnestierten Betriebsräte hielten Reduzieren Ausführungen für ungenügend und wollten direkt sprechen. Der Reichspräsident war vor im Reichstag nicht zu finden. Darauf wurden die Fraktionsvorsitze erlaubt, in der Versammlung zu erscheinen. Kommunisten und Unabhängige waren bald darauf im Verammlungssaal anwesend. Die Sozialdemokraten lehnten dagegen ab. Für sie erklärte Müller, er könne nur mit dem SPD-Arbeiter verhandeln, eine Reichspräsidenten oder gar Disziplin mit der Arbeitern anderer Parteien lehne er ab. Die Mitteilung rief ungeheure Erregung hervor. Die SPD-Arbeiter erklärten, sie wollen jetzt zu Müller gehen und nach den Gründen fragen, die ihn zu diesem Vorgehen bestimmen. Die anderen Teilnehmer konnten kaum ihre Entrüstung zurückhalten.  
Bald darauf erschienen die SPD-Gesossen mit den Sozialdemokraten B r a u im Verammlungssaal. Es entspann sich eine größere Debatte. Braun verpackte Müllers Vorgehen zu unzulässigen, niemand nahm aber seine Gründe ernst.  
Es sprachen für die UGD D i k m a n n, für die SPD K e m m e l e. Im Gegensatz zu den anderen Parteien wies er auf die Unzulässigkeit der parlamentarischen Basis hin und verlangte die unverzügliche Einberufung einer Betriebsräte-Generalsammlung. Ein Antrag auf ihre unverzügliche Einberufung ist einstimmig angenommen worden.

## Sprengung einer deutschnationalen Kundgebung

II. Dresden, 26. Juni. Ein Trupp Deutschnationaler, der am gefrigen Abend durch Schloß, einem Korz Dresden, zu einer Kundgebung ziehen wollte, wurde von Arbeitern auseinandergejagt. Die Sicherheitspolizei verhinderte die Abhaltung einer Kundgebung. Auf dem Bahnbureau wurden dem Demonstrierenden Schusswaffen (!) abgenommen. Sawitmann überredet, der trotz des Verbotes eine Rede gehalten hat, wurde auf dem Heimwege verhaftet und befindet sich gegenwärtig im Polizeigewahrsam. Im Jünger verließ der gefristige Sonnabend und Sonntag überaus ruhig.

## Die Schicksale der Zwangsanleihe und die SPD.

E. L. Als im Kampf um die Steuern die Massen des Proletariats immer energischer nach der Ersaffung der Eadwerte drängten, um die Kosten des Krieges und Wiederaufbaues auf die Verbleiben zu mähen, da war es die SPD, die mit der Zwangsanleihe den bedrängten Stimmlosen zu Hilfe kam. Mit der Zwangsanleihe, dieses Kerntück des Steuerkompromisses, in dem mit der Zustimmung der Sozialdemokraten den schaffenden Massen sofort an 40 Milliarden neue Steuern auf Brot und Lohn aufgepflegt wurden, ließen die SPD- und Gewerkschaftsbeamten die von ihnen selbst aufgestellte Forderung der Eadwertersatzung von den Kapitalisten sich abzufragen.

Um der Beteiligung des Reiches an dem industriellen und landwirtschaftlichen Kapital zu entgehen, verpflichteten sich im Steuerkompromiß die bürgerlichen Koalitionsparteien einschließlich der Sozialpartei, durch die Zwangsanleihe eine Milliarde Goldmark als sichtbares Opfer der Fiskus auf die Kapitalisten umzulegen. Diese Zwangsanleihe sollte unter Freilassung der kleinen Vermögen bis 100 000 Mark und progressiver Befreiung der großen Vermögen für die ersten drei Jahre zinslos und für weitere fünf Jahre mit 2 bis 2½ Prozent verzinst werden. Ein besonderes Geld sollte die nähere Durchführung der Zwangsanleihe ordnen.

Dieses Gesetz liegt jetzt dem Reichstag vor und ist zum Gegenstand erbitterter Angriffe eben der Parteien geworden, die die Zwangsanleihe noch vor drei Monaten als Rettung aus der Gefahr der Eadwertersatzung begrüßt hatten. Alle bürgerlichen Parteien, ob oppositionelle Deutschnationale oder Koalitions-, undliche Volkspartei, ob regierende Zentrumspartei oder Demokraten, liegen alle daran, die Zwangsanleihe, die den Kommunisten von Anfang an nie als ein Opfer des Fiskus, sondern als eine Lösung des Kapitals für die Steuerzahlung erschienen ist, in eine recht fruchtbar Kapitalanlage zu verhandeln.

Wenn man dem SPD-Stellen die bürgerlichen „Volkswirte“ folgt, daß zinslos bleibt und dann erst mit 2½ Prozent der Jahre 1923 dann der Kurswert der Anleihe sich hässlich 20 bis 25 Prozent betragen werde. „Das ist zu viel!“ schreiben sie alle; wie soll das Kapital dieses Opfer ertragen? Wenn schon die Anleihe erzwungen werden, dann muß der Zwang die Anleihe wenigstens eine Anleihe bleiben lassen, das heißt sie zu gestalten, daß sie jederzeit zu einem „angenehmen“ Kurs zu verkaufen ist, je doch, wie bei jeder „normalen“ Anleihe, die Kapitalisten jederzeit wieder zu ihrem Gelde kommen können. Das ist aber nur möglich, wenn die Anleihe nicht zu groß und der Zinsfuß nicht zu gering ist.

Daher das Bestreben aller bürgerlichen Parteien, die Zwangsanleihe aus einer Steuer auf das Kapital in eine Anleihe zum Profit der Kapitalisten umzuwandeln.  
Der Vorsitzende ist, wie folgt, wenn es sich um den Kapitalprofit handelt, das patentierte Finanzgenie der Deutschnationalen, der gloriole Kriegsangelegenheitsminister Helfferich. Er will die Anleihe von vornherein mit 4 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgungsquote ausgliedern, ihr also 5 Prozent Zinsen geben und sie zudem von der Kapitalertragsteuer befreien. Sie soll vom 1. Juli bis 1. Oktober zur freimühtigen Zeichnung ausgelegt werden; die bezogenen Beträge müssen dann auf die Zwangsanleihe übertragen werden. Schließlich sollen die Anleihebesitzer bei der Entrichtung der Nachschuß-, Erbschafts- und Schenkungssteuer zur Hälfte des Steuerbetrages in Zahlung gegeben werden können.

Ein feines Pfändchen, in der Tat, für die Kapitalisten. Diese Helfferich-Anleihe, die sich würdig seinem Kriegsangelegenheitsminister an die Seite stellt, würde nach Berechnungen Georg Bernhards den Reichshaushalt jährlich um 1½ Milliarde, also in den acht Jahren der Zinslosigkeit und niedrigen Verzinsung um 11,7 Milliarden mehr beschaffen als die Regierungsverträge. Da Helfferich weiter verlangt, daß die Anleihe mit 80 Prozent eingezahlt, vom Reich zum Kennwert zurückgezahlt und auch verzinst werde, so ergibt das eine weitere Mehrbelastung von zwei bis drei Milliarden jährlich für das Reichsbudget, ganz abgesehen von den 20 Prozent Kursgewinn, der den Kapitalisten auf Kosten der steuerzahlenden Massen in den Schoß gemorrt werden soll. Selbst Georg Bernhardt, ein scharfer Gegner der Zwangsanleihe, muß zugeben, daß von einem Opfer des Fiskus bei einer sich mit 5 Prozent verzinsenden Anleihe keine Rede sein kann, bei der der Besitzer außerdem noch die Chance hat, bei der Auslösung 25 Prozent des „Geopferten“ als Gewinn über den einzuhaften Betrag zu erhalten.

Helfferichs Anleihe ist in der Tat eine Reichsreform. Die den Vorzug hat, das offen auszusprechen, was die Koalitionsparteien heimlich tun wollen: nämlich durch die neue Steuerreform einschließlich der Zwangsanleihe den Kapitalbesitz zu sichern und ihm neuen Gewinn zuzuführen. So ist denn Helfferichs Plan, wenn ihn auch der Reichstagsausfluß abgelehnt hat, zum Stützpunkt für die bürgerlichen Parteien geworden, die Zwangsanleihe aus einem Opfer in eine Befreiung umzuwandeln. Koran geht dabei die Deutsche Volkspartei, die Partnerin der SPD, beim Steuerkompromiß.

Die Regierung will nach dem Kompromiß die Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarde Goldmark auflösen. Das würde, da die Kapitalisten nicht in Gold, sondern in Papier zahlen, in Papier-

markt umgerechnet heute mindestens 75 Milliarden Mark ergeben, gegenüber 60 Milliarden im Jahr des Staatsbankrotts. Nichts ist für die bürgerlichen Parteien leichter, als den Schwanen des Goldwerts auch im Falle der Zwangsanleihe zu ihrem Vorteil auszunutzen. ...

Zur Bekämpfung für die Entlastung der Kapitalisten hat der Ausschuss gleichzeitig, ebenfalls mit allen bürgerlichen Stimmen, den Entschluß gefaßt, die Zwangsanleihe nach Ablauf von drei Jahren gleich von 2 1/2 auf 4 Prozent erhöht. ...

So haben die bürgerlichen Parteien es verstanden, kein äußerlich die ihnen unbedenklichen Bestimmungen der Zwangsanleihe Stück für Stück aus der Welt herauszubraden. ...

Wo aber bleibt der Kampf um die eigenen Forderungen der Sozialdemokraten? Wo ruft die Masse auf, für ihre Zwangsanleihe und ihre Umlage, die nach ihrer, nicht nach anderer Meinung, Mittel sind, das Volk aus Elend und Hunger zu erlösen? ...

Das ist der Schutz der Republik!

Die Hamburger Sipo schiebt auf demonstrierende Arbeiter. Hamburg, 26. Juni. Die heutigen Demonstrationen der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften in Hamburg gegen die interrevolutionäre Gefahr geleitete sich zu einer gewaltigen Kundgebung des Proletariats. ...

Der blutige Verfall in Hamburg zeigt der Arbeiterschaft mit voller Klarheit, was die Ausnahmeverordnungen annehmen, und wie sie angewandt werden. Die republikanische Militärmacht, geführt von reaktionären Offizieren, ...

Verhandlungen des ADGB und Afa-Bundes mit den Arbeiterparteien

Seilmanns Korrespondenz berichtet: Die Besprechungen, die am Sonntag zwischen den Verbänden des ADGB und des Afa-Bundes einleitend und ...

Zylinder und Maerker

Wie eine bürgerliche Berliner Zeitung meldet, soll auf Veranlassung der Reichsregierung in München eine Verhaftung vorgenommen worden sein. ...

Verhaftung dieses gefährlichen Reaktionärs wäre allerdings eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung. Man muß aber abwarten, ob sich die Reichsregierung, da die Angst vor der hiesigen Reaktion der Reichsregierung auch jetzt noch in den Knochen liegt. ...

In Dresden wurde gestern auf Veranlassung der höchsten Regierung der deutsche Generalrat ...

Wer führt die Untersuchung gegen die Mörder Rathenaus?

Wir entnehmen dem „Berliner Volksanzeiger“, daß die Abt. 1a des Polizeipräsidiums Berlin die Arbeit den Kriminalkommissaren Heller, Schent, Weigel und Haslach übertragen hat. ...

Der Kriminalkommissar Weigel, der alle Anschläge auf führende Persönlichkeiten, sowie Drohbriefe, mit denen im öffentlichen Leben lebende Personen bedroht wurden, ...

Wenn die Untersuchung in solchen Fällen, so wird er hieraus herantreten. Gewöhnlich sind heraufgekommen ist bei den Nachforschungen nach den Mördern Rathenaus. ...

Wenn schon für die Aufspürung der Drogenführer solche Kräfte bestimmt werden, dann mag die Arbeiterschaft sich ausmalen, gegen was die Durchführung der Obervernehmung sich richten wird. ...

Das Ergebnis der Nachforschungen

Berlin, 27. Juni. Der Chef der Berliner politischen Polizei, Oberregierungsrat Dr. Weigl, erklärte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Volksanzeigers“ ...

Es ist weiter festgestellt worden, daß die Täter zur Ausführung des Mordes ein Auto der Firma Opel benutzt haben. ...

Zu der Verhaftung Karl Tilsen's bemerkt Dr. Weigl, daß sich verschiedene Zeugen gemeldet hätten, die Tilsen am Mordtage in Berlin gesehen haben wollen. ...

Was wollten die Drogenführer zur Mordstunde in Berlin? Nach Hinterermittlungen waren der Organisator der Drogenfortschrittliche und die als monarchistische Reaktionäre bekannte Generalrat von Tann, Oberleutnant von ...

Bekämpfung für Ergründung der Mörder des Reichsministers der Finanzen Dr. Rathenau sind vorläufig 800 000 Mark ausgesetzt worden. Diese Summe ist vom Berliner Polizeipräsidenten auf 1 Million Mark erhöht worden. ...

Der gerichtliche Befund

Der gerichtliche Befund ergibt, daß Minister Rathenau von mehreren Schülern durchbohrt ist, von denen einige unbedingtdölich gemerkt haben. ...

Die Verhinderung des Mordes

Von den jetzt getöteten in Berlin verhafteten Mitgliedern der „Organisation Sozial“ sind, wie die „Zem“ erzählt, neun wieder auf freien Fuß gesetzt worden. ...

Uebrigens wird die Untersuchung gegen die Angehörigen der Mordorganisation C in München von einem Mitglied dieser Organisation, dem Oberstaatsanwalt Wolf, geleitet. ...

Der Bruder des Erzbergmörders Tilsen

In München ist der flüchtende Leiter der Organisation C, Kapitänleutnant A. D. Hoffmann, festgenommen worden, und in Gensburg wurde Kapitänleutnant A. D. Karl Tilsen, ...

Tilsen war in Frankfurt anfüßig und hat dort bis vor einigen Tagen auch Beziehungen mit den jetzt verhafteten Mitgliedern der Organisation C gehabt. ...

Die Stimme der Proletarier aus den Betrieben

Wir fordern von der Regierung wie von allen Arbeiterem-Organisationen, ganz besonders von ADGB und Afa-Bund, ...

Sofortiges Eintreten für die Freilassung aller politischen politischen Gefangenen. Verhinderung periodischer Preisprüfungen reaktionärer Verbände. ...

Arbeit! Weg mit jeder Humanität! Seit diesem ermarkungslos grausamen Gesindel gegenüber einzig in dem Auf: Auge um Auge, Zahn um Zahn! ...

Berlin, 26. Juni 1922. Der Gesamtbetriebsrat. J. A. Franz, Vorsitzender.

Die Arbeiterschaft der Firma „Kosa“ nimmt Kenntnis von dem Aufbruch des Gewerkschaftskongresses zur Ermordung Rathenaus. ...

Die Arbeiterschaft der Firma „Kosa“ nimmt Kenntnis von dem Aufbruch des Gewerkschaftskongresses zur Ermordung Rathenaus. ...

Die Kampforderungen der Ambi-Arbeiter

Die gesamte Arbeiterschaft der Ambi-Werke, Cassel B, verlangt von den drei sozialistischen Parteien, gemeinsam für folgende Forderungen zu kämpfen: ...

- 1. Die Arbeiterschaft verlangt die schwere Bekämpfung der Mörder an Arbeitnehmern und den führenden Männern der Republik.
2. Schnelle Bewaffnung der freigebergschaftlich organisierten Arbeiterschaft.
3. Sofortige Einweisung aller interrevolutionären und reaktionären Beamten im öffentlichen Staatsdienst, ...



# Forderung nach der Arbeiterregierung

Ham burg, 26. Juni. Die Hamburger Arbeiter haben gestern in einer massigen Versammlung beschlossen, daß die drei sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften sich zur Durchführung gemeinsamer Aktionen in Verbindung zusammenschließen. Sie fordern ferner Abtritt der sozialistischen Minister aus der Koalitionsregierung, Bildung einer Arbeiterregierung und Schaffung der zur Erhaltung der Arbeiterregierung notwendigen Maßnahmen.

Die Resolution ist unterzeichnet von SPD, USPD, SPD. und Gewerkschaften und wurde einstimmig angenommen. G e m e i n d e, 28. Juni. Die Vertreter der drei Arbeiterparteien und der freigezwischlichen Organisationen des Chemnitzer Industriebezirks haben heute an die Reichsregierung folgendes Telegramm abgeschickt:

Reichsregierung, Berlin.  
 Sämtliche politischen und freigezwischlichen Arbeiter und Angestellten-Organisationen des Chemnitzer Industriebezirks fordern von der Reichsregierung unermüdliche Durchführung folgender Maßnahmen:  
 Sofortige Amnestie für die proletarischen Kämpfer, sofortiger Abtritt Geheles, Entfernung des Generals Seede sowie aller offener und verkappter Monarchisten aus Reichswetz und Verwaltungssphäre. Schleunigste Republikanisierung der Militär- und Polizeimacht. Durchführung der angeforderten und getroffenen Maßnahmen gegen Antirepublikaner, sofortige Auflösung des Reichstages.  
 Geg: SPD, USPD, SPD, USPD, Vorstand des Industriebezirks, Chemnitz.  
 J. M. Nag Müller, Chemnitz, Dresdener Straße 38.

## Die Bergarbeiter bleiben fest! Die Ueberstichtigen erneut zurückgewiesen!

Die am Sonntag, dem 25. Juni, in Berlin tagende Reichs- lohnkommission der freigezwischlichen Organisationen des Bergbaues beschloß, die erneute Stellungnahme zur Ueberstichtige abzulehnen.

## Die Offener Funktionäre gegen Ueberstichtigenabkommen und Mantelkartz

Am 24. Juni hat eine Versammlung der Betriebskomitee und Vertrauensmänner des Ueberstichtigenverbandes in Eisen zu dem Berliner Schiedspruch Stellung genommen. Das Abkommen wurde mit Entschiedenheit angenommen, der SPD, zugleich aufgeselzt, sofort neue Lohnforderungen zu stellen. Das Ueberstichtigenabkommen und der Mantelkartz wurden mit erbitterter Heftigkeit abgelehnt. Eine 100 Bergarbeiterfunktionäre, durch die 53 Schiedsanlagen und 40 Zehntausend von Eisen vertreten wurden, waren anwesend.

Nirgends im Reich darf die Abkündigung anders ausfallen!

## Gehler soll zurücktreten

Dresden, 27. Juni. Die unabhängige „Volkszeitung“ meldet, daß die sächsische Regierung von der Reichsregierung den Abtritt des Reichswehrministers Dr. Gehler gefordert habe. Da die Staatskanzlei eine Auskunft ablehnt, kann die Mitteilung als zutreffend angesehen werden.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Korrespondenz meldet, daß in parlamentarischen Kreisen die Stellung des Reichswehrministers Gehler als erschüttert gilt.

Wahrheitsgemäß wird man sich in Regierungskreisen legen: „Es wagt der See, er will kein Opfer haben“ und wird den Reichswehrminister dem Volkswilligen opfern. Damit ist es aber nicht getan. Die ganze Verwaltung, besonders die Justiz in der deutschen Republik ist mit den Selbstschützern der Monarchisten durchzogen. Dies mit offenem Bilde auszusprechen, ist Sache der Arbeiterpolitik.

## Die reaktionäre Reichswehr

Wie oft schon brandmarkten wir die Zustände in der Reichswehr, die eine Verachtung der Republik sein sollte, aber nur Prätorianergerarde der Reaktion wurde. Wir konnten an Hand von Dokumenten beweisen, daß es Reichswehr war, die die Republik verhöhnte, die die Republik bedrohte, die die Stützen der Republik jagte wie tolle Hunde, daß es Reichswehr war, die Kommunisten wie Sozialisten in der Umerde, die den Namen Reichswehr, aber in der Monarchistensphäre und auf dem Kaiserhof, und eben das selbige Bild: Reaktionäre Offiziere, Monarchisten treten die Republik mit Füßen, die Republik, deren Brot sie essen. Sie hat es herrlich weit gebracht, unsere Republik!

Heute können wir nun Maßnahmen illustrieren, die diese monarchistischen Vorgehens gegen Mannschaften erzweisen, die hier nicht millionen als Schrittmarken der Reaktion vorgehen. Der Fall ist folgender:

Zwei Reichswehrsoldaten, sie sind Prüder, sind unter dem Druck der Ereignisse Kommunisten geworden. Da sie daraus keinen Hehl machen, kommt dies auch zu Ohren der Offiziere, und nun beginnt die Schikane. Der Hauptmann verhört sie wie Wissenschaftler, beschimpft und bedroht sie, der Platzwechsel, ein Gebot ihrer Waffung bleiben, müßte die Kompanie dann ihr Verbleiben tun, und daß, falls sie entlassen würden, ihnen ein Denzettel verabreicht wird, der sie ihr Lebenlang an die Reichswehr denken ließe.“ Dann wieder förmliche Verhöre, Unterstellungen und Spitzelungen und nach wochenlangem ihnen im Mittelarsatz. Hier schreiben sie nun einen Brief an ihre Eltern, dem wir folgendes entnehmen:

„... es wird immer interessanter. Heute werden wir nun in Unterdrückung überführt werden. Der Hauptmann will uns ja helfen lassen wenn Keuterei. Aber wir wollen ja leben. Als ich gehen zur Schreibstube kam, wo er den Leibschreiber aufsuchte, perordnete er nach meiner Geltung und ließ mich, was wohl Absicht war, als ich sagte, ein guter sozialistischer Führer, lasche er mich aus und sagte: „ein ganz blödsinniger Jude wäre es gewesen, der noch nach im Justizhaus geendet hätte.““

Und weiter aus einem 14 Tage früher geschriebenen Brief:

„Was unsere Sache angeht, so geht die Geschichte wieder von vorn los. Gegen unser Urteil ist von der Truppe Verurteilung angelegt worden, und die Verhandlung geht nunmehr zur Strafvollstreckung über. Ich weiß natürlich nicht, was jetzt nun anfangen soll. Ich will nicht sagen, wenn der ganze Mist nur erst mal ein Ende hätte. Ich bin wirklich am Ende meiner Kräfte angelangt. Machen wir keinen Dienst, dann werden wir wieder abgeführt. Erkundigt Euch, daß bitte einmal umgehend, ob die Truppe, solange die Sache schwebt, uns zum Dienst zwingen kann. Ich kann es wirklich nicht. Also bitte, geht mit Johann gleich Wegheim, damit ich danach handeln kann.““

So geht es Reichswehrsoldaten, die sich wehren gegen das reaktionäre Offiziersregiment. Uns Gefangnis wandern sie und die Offiziere sind oben auf und können der Republik.

Herr Ebert fährt dabei nach München. Er fährt sich sehr höher und liegeverboten, solange auf die Republik nur gepfeifen wird... Es könnte aber auch einmal kommen, daß es der Republik recht um Keblum um die Ohren peimt, ob dann Herr Ebert auch noch hat, solange auf die Republik nur gepfeifen wird, wissen wir nicht, aber zu einer Sache wird dann Herr Ebert jamm seinem

Trost nicht mehr fähig sein: Zum Aufstehen in der Reichswehr, zum Fortgehen des monarchistischen Geistes. Dann wird die Reife an die Arbeiterpolitik gekommen sein.

## Jung-Bismarckbund

Der Jung-Bismarckbund ist eine Jugendorganisation des deutschnationalen Partei, und zwar die in der sie die Jungen von Handwerkern und kleinen Leuten aufnehmen. Die Söhne der Offiziere und Großgrundbesitzer gehen nur in den feineren deutschnationalen Jugendgruppen.

Interessant ist nun, daß diese Organisation Jung-Bismarckbund militärisch aufzubauen will. Die Ortsgruppen des Jung-Bismarckbundes — allein in Berlin bestehen 44 männliche in rein militärische Herosform gegliedert sind und zwar ihrer Bestimmung gemäß in Infanterie-Kompagnien. Außerdem besitzt eine Kadetten-Kompagnie, die ausgebildet und ausgebaut ist mit Telegraph, Telefon, Winterlagern und was noch alles dazu gehört. Weiter besitzt noch eine Kadetten-Kompagnie. Diese Jugendformation ist so gestaltet, daß sie, wenn das „große Reineinander“ beginnt, als vollständig von anderen Verbänden unabhängige Formation operieren kann.

## Militärische Ausbildung.

Die militärische Ausbildung der Jugend ist sehr streng. Amal Essee, der eine mehr freizeidliche Erziehung der Jugend erzieht, wird auf das härteste bestraft. Die einzelnen Ortsgruppen sind zu je 10 Gruppen gegliedert. Die Bildung der militärischen Ausbildung liegt in der Hand des Herrn Reichswehr. Geerzt wird in der Stadt hauptsächlich in Kurhalten, um nicht aufzuwachen. Der Haupterzieher ist Oberst General G o e n e r, der Bundesgeneral und Reichswehrminister, war so liebenswürdig, dem Jung-Bismarckbund für die Fahren der hiesigen Fahrgemeinschaft zu erlauben, in die Stadt zu gehen. Die Herren Kommandanten, die vor einigen Zeit die Berliner Polizei in der Schellingstraße 1, dem berühmten Zentralquartier der Kapplien, in den Wänden des Jung-Bismarckbundes nach militärischen Material haushalt, haben die Herren einfach nur den Seiten gefragt, ob irgendwelches belastendes Material vorhanden sei oder nicht. Daraufhin haben die Reaktionäre für ein paar Stunden ihren Kriminallistenbeamten wagten nicht, wirklich zu haushalten und bild beschränkt wieder abgeben.

## Die Orgele

witter Morgenst. Die nationalistischen Rundgebungen hängen sich gewiß an die Orgele an. Kontroversellanten der Nationen sind über die Orgele. Die monarchistische Propaganda nimmt überhand. Proletariat werden provoziert und mißhandelt.

Jeder Arbeiter, der nicht

## will

daß in Deutschland Zunder, Zündfischpatrone und mifselmische Offiziere wieder völlig überwasert bekommen, muß sich heinonen.

Genoße! Galt du noch nicht gefast, dich in die Front der Antikämpfer einzutreten, um die Reaktion vorzuzugreifen zu helfen, dann abonniere revolutionäre Zeitungen, abonniere den „Klassenkampf“.

Damit mußt du begreifen.  
 Die Worte der Arbeiter, durch das Band des Kommunismus und verbunden mit einer mehrerbreiteten kommunistischen Peile an Sprachorgan, kann nicht gestillt werden. Eine so gefasste und gefasste Arbeiterklasse wird die Reaktion jederzeit ergebnislos

## angreifen

## Wert für die kommunistische Presse!

## Annahme der Pachtbuchordnung

Reichstagsberatung vom 26. Juni.  
 Nach Erledigung einiger Interpellationen folgt die Beratung des Gesetzes zur Verlängerung der Pachtbuchordnung. Es will den Pächtern einen gewissen Schutz gegenüber dem Großgrundbesitzer gewähren. Für die Kommunistische Fraktion sprach

## Genosse Herkommen

Die Vorlage bedeutet einen gewissen Schutz der Pächter, leidet aber bei Besondere an zwei Fehlern. 1. weil es sich um ein Vorprojekt handelt, und 2. weil auch hier wieder die Landesbehörden die ausführenden Instanzen sind. Die vollstweidlichste Seite der Vorlage ist, wie die soziale, unzulänglich. Das ergibt sich schon aus der juristischen Zusammenfassung der Sachverhältnisse. Die Großgrundbesitzer, die ihre Ländereien verpachten, heuten die Pächter in geradezu ungeheurer Weise aus. Der kapitalistische Gegenstand zwischen Groß- und Kleinbesitz, auch in der Landwirtschaft, kann nur durch das Proletariat gelöst werden. Trotz aller Unzulänglichkeiten der Vorlage und um die arbeitstätigen Pächter nicht völlig hilflos der Ausbeutung der Großgrundbesitzer auszuliefern, werden wir dem Gesetz unsere Zustimmung erteilen. Hierauf wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Aufhebung der Reiche des Ministers Rathenau in Reichsland fastifizieren soll, verlegt sich das Haus. Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung sowie ihre Tagesordnung festzusetzen. Schluß 14 Uhr.

Kurz darauf wurde bekanntgegeben, daß um 12 Uhr ein nochmaliger Zusammentritt des Reichstages zwecks Erledigung eines Gesetzes über gewisse Fragen der Reichsbereitstellung im obersterhohen Abstimmungsbesitz stattfinden soll.

## Der Jungdeutsche Orden

Der Jungdeutsche Orden ist in den Provinzen Hessen, Thüringen, Niederlande und Rheinland die Hauptorganisation der Orgele. Sie ist in Tausenden von Ortsgruppen zusammengelöst.  
 Aus dem Mittelalter flamende Bezeichnungen verbergen die rein militärisch organisierten Verbände. Da ist von Kalleien, Bruderschaften und Scharen, d. i. Brigade, Regiment, Bataillone, Kompanien und Züge. Jedes dieser Verbände hat ein bis zu 20 Regimenten umfassendes Hauptquartier. Es gibt 10 Reichstags-Verbände und entsprechenden Kompanien und Züge. Jedes Mitglied, dem Namen Knappe, erhält seine — ausdrücklich zu bezeichnen — „Dienst-Wortzeichen“, die er streng vertraulich zu behandeln hat. Maßstab: Wenn alle unten werden, so bleiben mir doch treu! Verschiedene Zeichen für die Vorposten und für die gewöhnlichen Mannschaften. Ironische Bemerkungen sind verboten. Der Geheimhaltung wird besondere Wichtigkeit beigegeben. Unter Punkt 5 heißt es:

„Dem Geheimnis, Schweißgeheimnis zu lösen, muß der Knappe gewissenhaft nachkommen, er muß darauf achten, daß ihm nie ein unbedachtes Wort, das das größte Unheil anrichten kann, entfällt. Das muß von jedem Knappe verlangt werden, zumal es ein gutes Mittel zur Willensbildung ist.“

Regelmäßig finden Versammlungen statt, einmal in der Woche genannt. Zur Versammlung ist jedes Mitglied monatlich einmal monatlich, genaue Anweisung. Besonders interessant sind auch die für eventuelle Alarmierung der Truppe angegebenen Zeichen. In irgendeiner Verbindung werden die Ver-

sammlungsstellen bekanntgegeben. Ein bestimmter Buchstabe gibt den Zweck der Versammlung an, wenn nicht der bringenden Jüden direkte telefonische oder telegraphische Berührungsgang eintritt. Die heißt „Reichsland“ ist „Reichsland“. A. 3 bedeutet: „Kollanus“ (Reichs-Kollanbanne (Kerzentruppen) des (Hiesigen) Reichslandes). Km. heißt „Knappe mitbringen“. (Ich hinterher haben natürlich die bösen Kommunisten angefangen.) Besonders genau sind die Bestimmungen für den Fall eines großen Alarms:

1. Von Ausbruch des Alarms an haben sich alle Schutzschützen in Ueberzahl zu zeigen. Alle wehrfähigen Männer haben zu den angegebenen Befehlsstellen einzuliegen. Drücker werden mit allen Mitteln der Bergeltung gebrandmarkt.

2. Die Leitung der gesamten Schutzwehren liegt lediglich in den Händen des Stabes. Die Verbindung mit den Ueberordenen Dienststellen ist mit allen erforderlichen Mitteln sofort aufzunehmen. Wo Verbindung nicht möglich ist, handeln die Kommandanten selbständig unter ihrer eigenen Verantwortung.

3. Die Wirtschaftskräfte treten in allen Orten zusammen. Die Durchführung der durch sie getroffenen Maßnahmen wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erzwingen.

Man sieht, diese Herren haben aus den mifselndsten Kapz-Büchsen gelernt. Nur die Sozialdemokraten in der Regierung sind sich in ihrer Beschränktheit gleich geblieben und denken nicht daran, durch energieliches Eingreifen der Gefahr dieser straforganisierten Feinde der Republik entgegenzutreten. Das verbietet sich allerdings von selbst, wenn man mit den Führern und Geliebten dieser Elemente zusammen in der großen Koalition sitzt, um den Wiedereaufbau des Kapitalismus zu ermöglichen.

## Aufruf an die deutsche Beamtenschaft!

Der ruchlose politische Mord an dem Reichsminister Rathenau hat wieder gezeigt, welche dunklen Mächte die Republik bekämpfen. Beamt! Auch Euch hat die Reichsregierung aufgerufen, zum Schutze des Staates in Not und Gefahr mit dem ganzen Volke und Regierung zusammenzutreten.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft wiederholt diesen Ruf und fordert die gesamte deutsche Beamtenschaft auf, sich offen für den Bestand der Republik einzusetzen. Wir sind überzeugt, daß die Beamtenschaft mit uns diese beinahe gänzlich und verwerflichen Angriffe auf die Republik und ihre Vertreter auf schärfste verdammt. Jeder steht aber fest in den öffentlichen Verwaltungen, besonders in höheren Beamtentellen, vorhanden sind, deren mangelnde republikanische Gesinnung jene Feinde der Republik zu ihren Zielen geradezu ermächtigt.

Für mich endlich Wandel geschaffen werden. Regierung und Parlamente dürfen jetzt nicht mehr zögern, mit der Verwaltungsreform und mit dem demokratischen Aufbau des Beamtentkörpers durch Schaffung eines freizeidlichen Beamtentums gemäß den Bestimmungen der Verfassung Ernst zu machen. Durch ein Beamtentum muß der Beamtenschaft nicht nur die Möglichkeit in ihren persönlichen Angelegenheiten, sondern auch die lebendige Mitarbeit an der Aufgestaltung des Dienstbetriebes ermöglicht werden. Dann wird es gelingen, den Einfluß jener Kräfte in den Behörden, die der Republik schaden und aktiven Widerstand leisten, zu beseitigen.  
 Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft fordert alle Beamte, die mit ihm in diesem Sinne einig sind, auf, zum Zeichen der Entzückung und des Protestes gegen die Angriffe auf die Republik und auf Befriedung ihres festen Willens, für den Schutz des Staates und seiner Einrichtungen sich einzusetzen, an den für

Dienstag, den 27. Juni 1923

fehlendsten Bundesorganen der Beamtenschaft teilzunehmen.  
 Von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden ermahnen wir, daß sie in weitestgehendem Maße Urlaub zur Beteiligung an den Beratungen erlauben, soweit es sich unter Wahrung der Erhaltung notwendiger Dienstwege durchführen läßt.  
 Allgemeine Deutscher Beamtenschaft, Berlin NW, Weststr. 7.  
 Gändeler, Menne, Dr. Böler.

## Die Täter der Hamburger Sprengstoffanschläge

Ham burg, 27. Juni. Die Ermittlungen in Sachen des Sprengstoffanschlages begründen die Annahme, daß die Täter einem Verband angehören, der unter die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921 fällt. Der Führer war der 24jährige W a r n e r e, ein früherer aktiver Offizier. Für der Angehörigkeit, mit der die Anschläge ausgeführt wurden, ist es zu danten, daß kein großer Sachschaden angerichtet, keine Person verletzt wurde.

## Noch ein Aufruf!

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die SPD. erläßt einen Aufruf, in dem sie die Stäubung der Reichswehr und Justiz fordert.

## Generalkrieg in Düsseldorf

Düsseldorf, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) SPD, USPD, SPD, USPD und Afa erlassen einen Aufruf zum Generalkrieg, der mittags um 12 Uhr beginnt soll und nachts um 12 Uhr endet. Nachmittags finden große Demonstrationen statt.

## Die Demonstration in Berlin

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Generalkrieg ist ab heute mittag 12 Uhr beschlossen. Demonstrationen finden um 3 Uhr im Lustgarten, am Schloß und auf dem Neumarkt statt. Republikanos und auch sonst feindlich behandelte. Als Protest gegen die Demonstration beteiligen. Wiederaufnahme der Arbeit Mittwoch früh.

## Ausland

### Ratifizierung des Vertrages zwischen Sowjet-Rußland und der Tschekoslowakei

Moskau, 23. Juni. Am 22. Juni ratifizierte das Präsidium der Russischen Zentralregierung den provisorischen Vertrag vom 5. Juni zwischen der russischen Sowjetregierung und der Tschekoslowakei.

### Schandbare Behandlung der politischen Gefangenen in Indien

Aus Indien kommen Nachrichten über unerhörte Mißhandlung der 10 000 politischen Gefangenen seitens der Organe der britischen Demokratie. Die Gefangenen werden bei den kleinsten Anlässen gefoltert und auch sonst feindlich behandelt. Als Protest gegen diese Methoden sind in Lahore alle politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Im Gefängnis in Rakkhata kam es zu einer Meuterei der Anführer, von denen 40 getötet oder verdammt wurden. Rakkhata wurde der Führer der indischen Wohnbanden Hestun Woban zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Aufstand des Bannuwoles der Befehl ist grausam unterdrückt worden. Die Bauern hatten sich gemeinert, die unerschütterlich hohen Steuern zu zahlen, worauf die britischen Behörden ihre Hütten verbrannten ließen.

Der indische Seemannsverband hat einen allgemeinen Streik der Seeleute beschlossen.

## Vom Tage

Papiergeld als Kolonialpapier. Ein Arbeiter von Westgartzsch fand auf dem Weg zur Arbeitsstätte auf einem Reichswald sammelgenießeres Papiergeld. Nicht weniger als 43 RM. konnte der „Glückliche“ für sich retten. Er unterzog die Scheine einer Reingung. Sollen dieselben nun wohl wieder in den Verkehr wandern? — Man vergesse den Unterschied zwischen dem Arbeiter und dem Schweinehirt, der jedenfalls auch zu den „Selbstern“ sich zählt.





Halle und Saalkreis

Halle, den 27. Juni 1922

Entfernung der Hohenzollerndenkmäler

Die Deutschnationalen liefern — Sie können für die Entscheidung über die Entfernung der Hohenzollerndenkmäler...

Mit einer Kundgebung gegen den Nord an Mathena und für die Regierung, an der sich auch die Deutschnationalen beteiligten...

- a) sämtliche Hohenzollerndenkmäler durch das städtische Bauamt entfernen zu lassen;
b) aus den städtischen Schulen sämtliche etwa noch vorhandene Bilder und Büsten von Fürsten und kaiserlichen Generälen entfernen zu lassen.

Ueber den Antrag wurde getrennt abgehandelt. Für die Entfernung der Hohenzollerndenkmäler stimmten die drei Linksparteien...

Die Stadtratsbeschlüsse der Stadt Halle (Saale) erfüllen den Deutschen Reichstag, die Vertreter des deutschen Volkes...

Nach einer längeren Begründung durch den Unabhängigen Rüdiger...

Die Erhöhung der Potenzgebühr beim Gas- und Wasserwerk, die in Zukunft noch dreimaliger Wahrung nicht mehr 50 Pf. sondern 20 Pf. betragen soll...

hin, daß die Erhöhung besonders die Familien treffe, wo auch die Frau im Erwerbsleben liege, so daß es vorzuziehen, daß der Votum nicht antritt...

Zu einem scharfen Protest kam es am Schluß der Sitzung noch darüber, daß die städtische Polizeigewalt für den Tag...

Die Demokraten und der Nord an Mathena

Gestern Abend sprach im überfüllten Saale des Wintergartens Professor Dr. Drigalski im Namen der Demokraten...

Wir können es uns erlauben, die sehr mangelhaften historischen Kenntnisse des Herrn Professors von Drigalski...

Das sind in ungefährer die unkomplizierten Gedankengänge unseres Demokraten. Die Arbeiter mögen sich ihren Reim darauf selber machen...

Die einzelnen Gänge werden nur komplett abgegeben. Die Preise werden sich netto Kasse bei Vorauszahlung oder nachnahme...



Jeder Werttätige muß sich in dieser hochwichtigen Zeit über die Ereignisse auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiete orientieren...

Ein Versuch zeitigt einen künftigen Erfolg

ist tot — es lebe die nationale Bestimmung seiner Vätergenossen! — Wenn Handgratien plagen, gehen auch die besten Demokraten zum Teufel!

Die Teno in Alambereitschaft

Ans wird mitgeteilt, daß die Lebnische Rotliste in Alambereitschaft liegt. Im früheren Rammberggebäude des Bezirkskommandos...

Der Ueberfall der Kommunistische Rindergewerpe

am Sonntagnachmittag durch die Deutschnationalen, die in der Seite Erzeugerzeugnisse abholten, endete, wie wir bereits gestern mitteilten...

Der Schiedspruch im Steinberggewerbe

Bei den am 24. Juni stattgefundenen Verhandlungen ist der am 17. Juni in allen Punkten gefällte Schiedspruch angenommen...

Wichtig für Marxensammer

Die 'Marxenzentrale Ost', G. m. b. H., hat der Volksbuchhandlung Halle a. S., Markt 42/44, den Vertrieb russischer Briefmarken übertragen...

- Satz Nr. 1: Hungerproportional auf Krenft-Ausgabe. Aufdruck 100 Rubel auf 70 Kopfen, 250 Rubel auf 35 Kopfen.
Satz Nr. 2: Für Hungerleidende im Wolgagebiet (komplett). 2250 Rubel, grün, Braun, rot und die letzten blauen. 4 Werte. 150 Pf.
Satz Nr. 3: 5000 Rubel auf 1, 2, 5, 10 und 10000 Rubel auf 40 Rubel Aufdruck mit letzteren 5000/20 Rubel, dünnes Papier. 5 Werte. Komplett 225 Pf.
Satz Nr. 4: Gleiche Ausgabe. Aufdruck schwarz, gewöhnliches Papier. Komplett 225 Pf.
Satz Nr. 5: 7500 und 22500 Rubel, mit letzteren 7500 Rubel, auf gelbem Kreispapier. 3 Werte. 225 Pf.
Satz Nr. 6: Krenft-Ausgabe. 35 und 70 Kopfen. 5 Pf.
Satz Nr. 7: Russische Südbahnen-Provisionen (Don, Arim, Kuban). Komplett 100 Pf.
Satz Nr. 8: Denikin 3 Rubel, geprägt und 70 Kopfen auf weißem Papier 25 Pf.
Satz Nr. 9: Sowjetausgabe 1, 2, 5, 20, 40 Rubel, gelben. Komplett 150 Pf.
Satz Nr. 10: Sowjetausgabe 100, 200, 250, 300, 500, 1000 Rubel. 6 Werte. Komplett 35 Pf.
Satz Nr. 11: Sowjet-Jubiläumsausgabe 1917 bis 1921. 100, 250, 1000 Rubel. 3 Werte. 35 Pf.
Satz Nr. 12: Drei leinere Feildrucke der zweiten Ausgabe 200 Rubel, schwarzbraun, 250 Rubel, dünnes Papier und 1000 Rubel, auf Kreispapier. 150 Pf.
Satz Nr. 13: Kaschun-Gummierollen für Südbahnhof, jede 1000 Rubel. 4 Werte. Komplett 150 Pf.

Generalversammlung der R.S. Halle

Am Freitagabend fand im Kartenzimmer des 'Volkspart' eine außerordentliche Generalversammlung der R.S. Halle, die sich u. a. mit der Reorganisation der Ortsgruppe Halle beschäftigte...

An die Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft!

Es wird wiederholte Aufforderung müssen wir stellen, daß sich noch ein großer Teil von Mitteilungen über so sehr wichtige Angelegenheiten bezieht...

Sie werden bitten wie alle diejenigen, die Beiträge zur freiwilligen Klassenkampf'punde noch besitzen, dieselben uns umgehend zu übermitteln...











